

hochschule

## Geist gegen Geld

Studiengebühren sind sinnvoll – wenn die Politik sie nicht missbraucht

Von **Martin Spiewak**

22. Januar 2004 / Quelle: (c) DIE ZEIT 22.01.2004 Nr.5

AUS DER ZEIT NR. 05/2004



Jeder protestiert auf seine Weise. Während die Berliner Studenten Parolen auf nackter Haut zeigten und die Münchner "Studienplätzchen" verteilten, bitten die Wirtschaftswissenschaftler von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt um Geld von ihren Kommilitonen. "Auch Spendensammeln ist eine Form des Protestes", sagt Nikolay Kolev. "Im Gegensatz zu manchen anderen Aktionen aber eine konstruktive." Mit den Beiträgen wollen der 22-Jährige und seine Mitstreiter vom studentischen Förderverein zum Beispiel Assistentenstellen bezahlen, an denen Staat und Kirche sparen wollen. "Warum sollen Studierende für ihre Ausbildung nicht einen regelmäßigen Eigenbeitrag leisten, wenn sich andere Formen der Finanzierung erschöpft haben?", fragt Kolev.

Was die Ingolstädter Studenten noch "absolut freiwillig" einüben, könnte vom nächsten Jahr an für viele Studenten zur Pflicht werden: vom ersten Semester an für die Ausbildung zu zahlen. Anfang der siebziger Jahre waren an deutschen Universitäten die letzten Gebühren, so genannte Hörgelder, abgeschafft worden. Drei Jahrzehnte lang galten Studienbeiträge bei Sozialdemokraten wie Bürgerlichen, bei Studenten wie Professoren als Tabu. Dieser bildungspolitische Konsens ist endgültig zerbrochen.

In überraschend kurzer Zeit verliert der einstige All-Parteien-Verein der Gebührengegner seine Mitglieder. Erst änderten die Hochschulrektoren ihre Meinung, dann kippte ein Christdemokrat nach dem anderen. Mittlerweile ist das Gebührenverbot in ihrer Partei "kein Thema mehr", sagt CDU-Bildungsexpertin Katherina Reiche. Kommende Woche wird ihre Fraktion im Bundestag beantragen, das Gebührenverbot abzuschaffen. Auch unter den Grünen rückt fast täglich ein neuer Spitzenpolitiker vom Beschluss ab, das Studium beitragsfrei zu halten. Und selbst Sozialdemokraten müssen ihr

Bekanntnis zum Bezahlstudium nicht mehr "als Privatmeinung" kaschieren.

Mancher der neuen Gebührenfreunde mag tatsächlich glauben, dass Semesterbeiträge allein die Hochschulmisere beheben. Der Blick in andere Länder zeigt, dass dies so einfach nicht ist. Denn die Studentenabgaben kommen dort vor allem einem zugute: dem Staat, der damit Etatlöcher stopft. So wurden zum Beispiel in Australien, hierzulande gern als Vorbild gepriesen, nach der Einführung von Studiengebühren die staatlichen Zuschüsse für die Hochschulen Stück für Stück gesenkt – und die studentischen Beiträge immer weiter angehoben (siehe Artikel Seite 30). Auch in Österreich und England profitiert der Staat. Und die Straf- und Verwaltungsgebühren, die einige Bundesländer in Deutschland seit kurzem erheben, fließen meist direkt in die Kasse der Finanzminister.

Andererseits sind jene Argumente nicht von der Hand zu weisen, die viele ehemalige Gegner von Gebühren zu Befürwortern haben werden lassen:

– *Die Geldnot der Hochschulen.* Rund vier Milliarden Euro fehlen Universitäten und Fachhochschulen für die Renovierung ihrer Hörsäle und Labors, den Kauf von Büchern, die bessere Betreuung der Studenten. Auf einen Professor kommen heute 53 Studenten – vor 30 Jahren waren es 20 weniger. Angesichts der leeren öffentlichen Kassen glaubt niemand daran, dass die nötigen Mittel dazu irgendwann vom Staat kommen.

– *Die soziale Schieflage der Bildungsfinanzierung.* Bisher trägt der Staat allein die Kosten eines Unistudiums – während angehende Altenpfleger oder Logopäden für ihre Ausbildung selbst aufkommen müssen. Dabei zahlen Akademiker die Subvention im späteren Berufsleben "nicht annähernd durch höhere Steuern zurück", hat Karl-Dieter Gröske, Rektor und Finanzwissenschaftler an der Universität Erlangen-Nürnberg, errechnet. Je nach Fach bleibe eine Finanzierungslücke zwischen rund 25000 Euro (Wirtschaftswissenschaften) und 60000 Euro (Mediziner).

– *Das fehlende Qualitätsbewusstsein in der Lehre.* Heute bringt es Universitäten finanziell wenig, wenn ihre Dozenten vorbereitet in die Vorlesungen gehen oder Fachbereiche eine gute Studienberatung bieten. Auch Studenten haben kaum Anlass, zielgerichtet zum Examen zu kommen. Frühestens nach 14 Semestern bitten Bundesländer wie Baden-Württemberg und Niedersachsen zur Kasse.

Neuen Schub erhalten die Gebührenanhänger durch die Debatte um deutsche Spitzenuniversitäten. Ob in den USA, England oder Japan: Keine Elitehochschule kommt ohne Studentenbeiträge aus. Mittlerweile muss Bildungsministerin Bulmahn (SPD) aufpassen, nicht als "heilige Edeldgard", die letzte Schutzpatronin des Gratisstudiums, dazustehen. Vor zwei Jahren ließ sie

die kostenfreie Hochschulausbildung per Gesetz festschreiben. Nun kann sie fast froh sein, wenn das Bundesverfassungsgericht im Sommer der Klage von sechs Bundesländern gegen das Gebührenverbot stattgeben wird. Sie habe alles versucht, könnte Bulmahn argumentieren, gegen Karlsruhe jedoch sei sie machtlos. Das macht sich besser, als die eigene Position revidieren zu müssen. Ihre Chancen stehen gut. "Das Gebührenverbot wird höchstwahrscheinlich fallen", prophezeit Ulrich Batts, Professor an der Berliner Humboldt-Universität. Der Bund habe mit dem Verbotsgesetz seine Kompetenzen überschritten. Zum anderen wird der Umschwung der öffentlichen Meinung zu Studiengebühren auch die Richter beeinflussen.

Innerhalb der Hochschulszene wird bereits "stärker über das Wie als über das Ob von Studienbeiträgen gestritten", freut sich Detlef Müller-Böling vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Ein knappes Dutzend Modelle liegt derzeit vor (für die wichtigsten Modelle siehe Grafik). Dabei versuchen alle Gebührenvarianten mehrere und teilweise gegensätzliche Ziele gleichzeitig zu erreichen. Sie möchten den Hochschulen beträchtliche Einnahmen bescheren, zukünftige Akademiker jedoch nicht vom Studium abschrecken. Die Modelle sollen gerecht sein, zugleich jedoch Bürokratie durch Ausnahmen und Sozialklauseln vermeiden. Wie die Zauberformel aussehen kann, darüber herrscht keinesfalls Einigkeit. Klar ist nur, dass Studiengebühren das Studentenbild verändern werden. Aus passiven Konsumenten sollen fordernde Kunden werden, um die die Hochschulen künftig werben könnten. Bei uns gelangt jeder in der Regelstudienzeit zum Examen! Kein Seminar hat mehr als 40 Studenten!

Ob sich die Länder am Ende auf ein bundesweites Schema verständigen oder ob jedes Land oder sogar jede Universität selbst entscheidet, wie sie die Studenten zur Kasse bittet, ist unklar. Die Bezahlvarianten sind unerschöpflich. Soll es einen Einheitsbeitrag für alle Studiengänge geben? Oder werden teure Fächer wie Medizin oder Physik mit höheren Gebühren belegt? Ebenso wäre es denkbar, Gebühren von den späteren Gehaltserwartungen abhängig zu machen. Dann könnten Sozialpädagogen weniger bezahlen als Ingenieure.

Fast alle deutschen Gebührenvorschläge kopieren dabei das Modell Australien. Hier lautet die Maxime: Studiere jetzt, zahle später, wenn du genug verdienst. Nicht die soziale Herkunft spielt eine Rolle, sondern die berufliche Zukunft. So sieht es auch das Konzept des Hamburger Wissenschaftssenators Jörg Dräger vor. Es geht von bis zu 2500 Euro Studiengebühren pro Jahr aus. Ein Student, der nicht sofort zahlen kann – Dräger schätzt, jeder Dritte –, bekommt ein Darlehen. In monatlichen Raten von acht Prozent seines Bruttoeinkommens tilgt er die Schulden später.

Solche "nachlaufenden" Gebühren sollen Studierwilligen die Angst vor dem

späteren Schuldenberg nehmen und verhindern, dass die Quote der Akademiker aus sozial schwachen Verhältnissen weiter zurückgeht. Laut dem Deutschen Studentenwerk schaffen aus vermögenden Familien 72 Prozent einen Studienabschluss – aus einkommensschwachen Schichten nur 8 Prozent. Gerade für sie bedeuten Schulden eine besondere psychologische Hürde. In England sind sie deshalb von allen Gebühren freigestellt.

Offen ist bislang, wer die nötigen Darlehen vergeben und im Zweifelsfall für ausgefallene Kredite einstehen soll. Keine private Bank werde dieses Risiko tragen, prophezeit Dieter Dohmen vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie in Köln. "Das läuft allenfalls für einkommenssichere Bereiche wie Wirtschaftsstudiengänge." Also müssen staatliche Institutionen in Vorlage gehen, zum Beispiel die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die bereits heute Bafög-Darlehen abwickelt. Die vorzuschießenden Summen wären gewaltig. Wenn 30 Prozent der Studenten bei Studiengebühren von 500 Euro je Semester ein Stipendium in Anspruch nähmen, wäre ein Kapitalstock von 7 Milliarden Euro nötig, hat der ehemalige bayerische Wissenschaftsminister Hans Zehetmair errechnet.

Zweifel bestehen, ob 500 Euro pro Semester – die Summe, die die meisten Politiker zurzeit nennen – genügen, die Gebührenziele zu erreichen. Laut den Berechnungen des Nürnberger Finanzwissenschaftlers Gröske könnte seine Universität von 1000 Euro einige hundert neue Tutoren und Assistenten einstellen. Auf einen Assistenten kämen dank der Beiträge dann statt 20,4 Studenten 17,5 Studenten. Sorgt das bereits für "spürbare Qualitätsverbesserungen", die sich Katherina Reiche von den Gebühren erhofft? Die CDU-Politikerin könnte sich auch höhere Beiträge vorstellen. "Wenn sich herausstellt, dass BWLer schneller mehr Geld verdienen, kann man überlegen, ob die mehr bezahlen." Auch das lehrt die internationale Erfahrung: Sind die Gebühren einmal eingeführt, ist die Skala nach oben offen.

### **Geist gegen Geld**